

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	9
II. Wer darf wie und in welchem Umfang über die Wahl der Schullaufbahn entscheiden? — Die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes	15
III. Die Regelung des Übertrittsverfahrens nach den jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen	24
1. In den alten Ländern	24
2. In den neuen Ländern	30
IV. Überprüfung einzelner auf Landesrecht beruhender Durchführungsmodalitäten des Übergangsverfahrens anhand der verfassungsrechtlichen Vorgaben	33
1. Elternrecht — staatliche Schulhoheit: Darf der Staat die Wahl des Bildungsganges der alleinigen Entscheidung der Erziehungsberechtigten überlassen?	34
2. Elternrecht — staatliche Schulhoheit: Darf der Staat bei der Durchführung des Übergangsverfahrens Kapazitäts Gesichtspunkte berücksichtigen?	53
3. Weitere Einzelfragen der Ausgestaltung des Übertrittsverfahrens	57
a) Zur Reihenfolge von elterlichem Wahlrecht und schulischer Eignungsbeurteilung	57
b) Verbindliche Eignungsempfehlungen auch für Schulen, für deren Besuch eine bestimmte Eignung nicht vorausgesetzt wird?	61
c) Zum Anspruch der Eltern auf Erteilung einer vom Schulleiter zugesagten positiven Grundschulempfehlung	63
V. Rechtsschutzfragen des Übertrittsverfahrens	65
1. Vorbemerkung zum Kreis der Klagebefugten	65
2. Inwieweit können gegen Eignungsverfahren Rechtsbehelfe eingelegt werden?	67
3. Wieweit darf die Widerspruchsbehörde, kann das Gericht Eignungsnachweise überprüfen?	71
VI. Zusammenfassung	79